



Niederschrift

27. Plenarsitzung des Gemeinderates
27. Juli 2021, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

10.

Punkt 11 der Tagesordnung: Kostenloser ÖPNV bis 25-jährige Inhaber*innen des Karlsruher Kinderpasses und Karlsruher Passes

Vorlage: 2021/0791

dazu:

Änderungsantrag: SPD

Vorlage: 2021/0791/1

Änderungsantrag: GRÜNE

Vorlage: 2021/0791/2

Beschluss (geändert durch Änderungsantrag GRÜNE):

Der Gemeinderat beschließt nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss, auf den kostenfreien ÖPNV für Passinhaber*innen von 6 – 25 Jahren zu verzichten.

Die Umsetzung ist finanziell nicht darstellbar und würde den städtischen Haushalt vor sehr große Herausforderungen stellen, zukünftige Genehmigungen durch die Aufsichtsbehörden deutlich erschweren oder gar gefährden. Die bisherige in sich stimmige und schlüssige Angebotspalette der Karlsruher Pässe würde stark widersprüchlich verändert.

Der Aufwand für Passinhaber*innen und Verwaltung stiege unverhältnismäßig an. Aufgrund des attraktiven exklusiven Angebots ist mit einem negativen Imagewandel zu rechnen.

„Als nächste Schritte zum Thema Verbesserung der räumlichen Mobilität von finanziell gering ausgestatteten Kindern und Jugendlichen erfolgt eine Beratung zur sozialen Bedeutung der räumlichen Beweglichkeit für Kinder und Jugendliche und deren Auswirkungen auf die Entwicklung der Kinder bzw. umgekehrt. Dabei werden die wissenschaftlichen Erkenntnisse aus diesem Bereich einbezogen.

Zudem werden insbesondere die Themen Kosten, Alternativen, Möglichkeiten in der Sozialregion, Einbeziehung des Bildungs- und Teilhabegesetzes und Reduktionsmöglichkeiten des Verwaltungsaufwands weiterverfolgt.“

Abstimmungsergebnis:

Geänderte Beschlussvorlage: Bei 27 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich zugestimmt

Änderungsantrag SPD: Bei 6 Ja-Stimmen, 31 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich abgelehnt

Änderungsantrag GRÜNE: Keine Abstimmung, Antrag wird in den Verwaltungsbeschluss übernommen

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 11 zur Behandlung auf, verweist auf die erfolgte Vorberatung im Jugendhilfeausschuss am 21. Juli 2021 sowie die vorliegenden Stellungnahmen der Verwaltung:

Ein Thema, das ein Prüfauftrag aus der Haushaltsklausur war und das wir Ihnen jetzt angesichts der aktuellen Finanzsituation, aber auch anderer konzeptioneller Überlegungen, nicht empfehlen.

Bürgermeister Lenz: Ich weiß schon, bei welchem Tagesordnungspunkt ich bin. Wenn ich Ihnen aber dennoch was voranschicken darf. Heute in den frühen Morgenstunden mitteleuropäischer Zeit hat unsere Karlsruher Gewichtheberin Sabine Kusterer zumindest lokale Sportgeschichte geschrieben, zum zweiten Mal bei Olympischen Spielen als gebürtige Karlsruherin, das gab es noch nie. Wir schauen auf über 100 Jahre Olympische Spiele zurück. Das Zweite ist, sie hat wiederum einen 10. Platz errungen, was in dieser Sportart etwas ganz Außergewöhnliches ist, und deswegen herzlichen Glückwunsch sicherlich auch in Ihrem Namen von hier aus.

Und jetzt komme ich zum Thema. Der Herr Oberbürgermeister hat es angedeutet. Im Gegensatz zu Sabine Kusterer würden wir uns, was das Finanzielle anbelangt, verheben. Das hat sie Gott sei Dank vermieden und einen tollen Wettkampf gemacht, das ist das eine. Das andere, die inhaltliche Komplexität des Themas haben wir Ihnen aufgearbeitet, und das ist schon wichtig, hier im Rat das noch einmal mit drei Punkten zu wiederholen. Wir hatten eine einstündige, sehr intensive Debatte im Jugendhilfeausschuss - Herr Stadtrat Bimmerle lacht. Ja, es war tatsächlich mehr Finanzausschuss als Jugendhilfeausschuss, aber es war halt so, und jetzt zum Inhaltlichen.

Erstens, was wir Ihnen heute noch einmal mitgeben wollen, vor allem der Öffentlichkeit darstellen wollen, das in sich stimmige System der Karlsruher Pässe würde aufgelöst, würde man dem Antragsbegehrt tatsächlich folgen aus unserer Sicht. Aus einem inklusiven bundesweiten Vorzeiprojekt der Karlsruher Pässe, übrigens über ein halbes Jahrhundert hinweg, würde eine wichtige Säule, nämlich der ÖPNV mit einer exklusiven Sonderstellung herausgenommen. Der Unterschied zwischen denjenigen mit Pässen und denjenigen ohne Pässe würde sehr groß werden, was bisher immer versucht wurde abzufedern.

Zweitens, die Kosten und der Aufwand sind für ein exklusives Angebot sehr hoch. Ich habe es mit der bildhaften Darstellung schon gesagt, Herr Oberbürgermeister auch. Die Kosten für Kinderpassbesitzer sind im Antwortentwurf für die SPD dargestellt, mit 2,5 Millionen Euro auch kein Pappenstiel.

Drittens, von dem Vorschlag, ein zukunftsfähiges Mobilitätskonzept für alle zu schaffen, also alle Jugendlichen, junge Erwachsene, würden alle Mitglieder der Stadtgesellschaft profitieren.

Der Weg, den die Stadt mit dem IQ-Leitprojekt Mobilität in Innenstadt eingeschlagen hat, sollte fortgesetzt werden mit einem speziellen Fokus auf die Preisgestaltung beim ÖPNV. Außerdem sollte das Armutsbekämpfungsprogramm stetig weiterentwickelt werden. Aber das tun wir eh, sage ich mal.

Und so wären abgestimmte, in sich schlüssige Programme bzw. Konzepte in beiden Bereichen möglich. Wir sind der Meinung, es gilt, den ersten vor dem zweiten Schritt zu tun. Auf den angesprochenen Jugendhilfeausschuss, wie zerrissen dann auch die Diskussion war, spiegelt sich, wie ich meine, in einem historischen Abstimmungsergebnis wider. 8 Mitglieder des Jugendhilfeausschusses stimmten für unsere Vorlage, 7 dagegen und 21 haben sich enthalten. Das spricht natürlich auch für sich.

Stadträtin Fahringer (GRÜNE): Vor zwei Jahren haben wir gemeinsam den Nutzer*innenkreis für den Karlsruher Pass und Kinderpass durch die Erhöhung auf 30 Prozent über der Einkommensgrenze beschlossen. Das war ein wichtiger und richtiger Schritt im Bereich der Armutsbekämpfung für mehr Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, für den Zugang zu Mobilität, Sport, Kultur, Bildung und Freizeit. Diese soziale Teilhabe darf eben nicht an der räumlichen Mobilität scheitern. Gerade in Bezug auf Kinder aus Familien mit geringen Einkommen, also aus Familien mit schwacher finanzieller Ausstattung, halten wir GRÜNE an dem Ziel fest, auch die räumliche Mobilität zu verbessern. Vor diesem Hintergrund, mit diesem Ziel haben wir auch im Dezember für diesen Antrag beim Haushalt 2021 gestimmt, diesen mitgetragen.

Aber die umfassende Analyse der Stadtverwaltung, des Stadtjugendausschusses, die wir letzte Woche im Jugendhilfeausschuss behandelt haben, zeigt auf neun Seiten auf, dass das so einfach nicht ist und wir noch über einige Punkte reden sollten. Wie hoch sind denn die tatsächlichen Kosten? Wollen wir aus dem System des hälftigen Anteils aussteigen und wenn ja, wie wirkt sich das auf die Passinhaberinnen aus? Wie stellen sich die Auswirkungen im Hinblick auf die Sozialregion dar? Wie könnten wir Möglichkeiten schaffen, dass das Bildungs- und Teilhabegesetz doch herangezogen wird und wir das nutzen können? Wie können wir es schaffen, dass der Verwaltungsaufwand sich in Grenzen hält? Bei diesem Thema werden unsere bisherigen langjährigen Grundlagen bei der Armutsbekämpfung infrage gestellt. Davon sollten wir nicht leichtfertig abrücken, sondern ein neues, ebenso stabiles System wie bisher installieren.

Wir GRÜNE wollen das Thema jetzt nicht einfach mit dieser Beschlussvorlage so stehen lassen, sondern weiterverfolgen. Deswegen unser Änderungsantrag, also das Thema der sozialen Teilhabe durch verbesserte räumliche Teilhabe von Kindern und Jugendlichen. Das heute sehen wir als Zwischenschritt. Deshalb werden wir jetzt auch nicht eine Eingrenzung der ursprünglich angedachten Personengruppe zustimmen. Vielleicht kommt beispielsweise heraus, dass auch andere Konzepte das Anknüpfen an die Karlsruher Pässe gar nicht möglich machen, dass es keine gute Idee ist, an diese Pässe anzuknüpfen. Vielleicht müssen wir einfach ganz anders differenzieren, um das Ziel zu erreichen. Wir können aber gerne über Eigenbeteiligungsmodelle zum Beispiel reden.

Die Vorfrage auch dieser Diskussionen ist immer der Zusammenhang zwischen räumlicher und sozialer Mobilität. Deswegen freuen wir uns über die Unterstützung unseres Ergänzungsantrags. Wir wollen festhalten, dass die Stadtverwaltung, wie Sie auch schon ausgeführt haben, Herr Lenz, das Thema weiterverfolgen wird und nicht, „ja, da tun wir eh was“, sondern wirklich festhalten, und dass wir da gemeinsam dranbleiben. Wir wollen uns mit den Themen Kosten,

Alternativen, Möglichkeiten in der Sozialregion, Einbeziehung des Bildungs- und Teilhabegesetzes und Reduktionsmöglichkeiten des Verwaltungsaufwands beschäftigen. Deswegen vielen Dank für die Unterstützung.

Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Es ist angesprochen worden, das Thema ist schon mehrfach diskutiert und zuletzt sehr ausführlich letzte Woche im Jugendhilfeausschuss. Herr Bürgermeister Lenz hat darauf hingewiesen. Wir haben heute wirklich eine sehr ausführliche und fundierte Vorlage. Dafür dankt auch meine Fraktion sehr herzlich den Erstellern vom Stadtjugendausschuss, die dieses Thema in ihren ganzen Facetten und in der ganzen Bandbreite noch einmal aufgezeigt haben. Meine Fraktion hat schon im Dezember letzten Jahres gegen den Antrag in den Haushaltsberatungen gestimmt, weil wir genau diese Befürchtung hatten, dass das Ganze doch sehr teuer wird. Jetzt haben wir heute noch einmal sehr nachvollziehbare Gründe auf dem Tisch, dass wir einfach auch den guten Frieden in unserer Sozialregion nicht gefährden wollen. Deswegen wird meine Fraktion heute mit der Ursprungsvorlage zustimmen. Wir werden den Änderungsantrag der SPD ablehnen. Wir können aber den Antrag der Grünen nachvollziehen und finden das auch gut, wenn in diese Thematik noch einmal ein bisschen intensiver eingestiegen wird in den Fachausschüssen, und wir über die Mobilität der Kinder und Jugendlichen in der Stadt noch einmal separat sprechen und dann überlegen, was rauskommt und was für Handlungsempfehlungen das gibt.

Für heute also Zustimmung zur Vorlage und Ablehnung des Änderungsantrags.

Stadtrat Marvi (SPD): Es gibt hier eine übergroße Macht von Stadträtinnen und Stadträten, die Ihrer Verwaltungsvorlage folgen wollen. Deswegen erleben Sie jetzt auch keinen gnadenlos kämpfenden Fraktionsvorsitzenden, der glaubt, dass er hier irgendwelche Mehrheiten reißen kann, und angesichts der charmanten Begründung von Bürgermeister Lenz wird es noch schwieriger. Aber ich möchte noch einmal ausdrücklich anführen, dass wir als Kreisverband und Fraktion - bei uns hat die Partei auch ein ganz wichtiges Wort mitzureden - vor dem letzten Doppelhaushalt die Beschlusslage gefasst haben, aufgrund der Themen, die Frau Fahringer hier auch genannt hat, Mobilität unabhängig vom Geldbeutel für alle jungen Menschen als zentraler Schlüssel für Teilhabe in unserer Gesellschaft zu sehen. Es sind mit Kinderpass oder Karlsruher Pass dann immer noch, ich sage mal, für eine School-Card 25 Euro oder etwas mehr pro Monat. Wir glauben, dass das für die Bezieherinnen und Bezieher in dieser Zielgruppe kostenfrei sein muss, auch andockend an das bundesweite Konzept der Kindergrundsicherung. Da muss man sich natürlich am Ende des Tages vielleicht auch unterhalten, wer die Zeche zahlt oder ob das nicht bundesweit letztendlich kommen muss, was hier auch unsere Forderung ist.

Wir haben angesichts der schwierigen Haushaltssituation vorgeschlagen, das Ganze nur auf die Zielgruppe Kinderpass zu konzentrieren und ab 1. Januar 2023, aber ich kenne die Mehrheitsverhältnisse, und von daher ende ich hier.

Stadtrat Høyem (FDP): Selbstverständlich ist es peinlich zu sehen, wie eine Mehrheit jetzt kollabiert, aber das ist nicht peinlich, nur weil man zurückrudert. Die Peinlichkeit ist, dass wir uns alle an die Haushaltsdebatte erinnern. Man kann klar seine eigenen Fehler korrigieren. Das ist ehrenwert. Deshalb kann man auch jetzt dieses Zurückrudern loben, aber in dieser Haushaltsdebatte haben wir deutlich ausgedrückt, wie kompliziert, wie teuer es war. Die Mehrheit hat in dieser Zeit, und da erinnern wir uns alle, einen echten Jubel hier gemacht und nicht nur dieser Jubel. In den sozialen Medien nachher waren das die wahren Helden, die jetzt den kostenlosen

ÖPNV durchgesetzt haben. Deshalb, Ehre, dass man jetzt die Realität verstanden hat, dass man zurückrudert, Ehre für dies, aber nicht Ehre dafür, dass man in der Haushaltsdebatte und in den sozialen Medien sich als Helden ausgerufen hat.

Stadtrat Schnell (AfD): Wir hatten darüber bereits in der Haushaltsberatung diskutiert. Schon damals war ziemlich klar, dass dies jährlich Millionenbeträge kosten würde, inkompatibel zu der Tarifwelt des KVV ist und zudem die erfolgreich Karlsruher praktizierte Sozialpolitik einer inklusiven Teilhabe konterkariert, die bislang ohne paternalistische und stigmatisierende Grundhaltung auskommt. Die AfD lehnte deshalb diesen Vorstoß für kostenlosen ÖPNV bereits damals ab. Damals war jedoch vor der Landtagswahl, weshalb sich die ach so sozial gebenden Parteien unbedingt mit sozialen Wohltaten brüsten wollten bzw. dies als Einstieg in einen grundsätzlich kostenlosen ÖPNV verstanden wissen wollten, um mal wieder ihren Tanz um das goldene Kalb Klimaschutz frönen zu können.

Nicht umsonst sagte Oberbürgermeister Dr. Mentrup aufgrund dieser und anderer Wohltaten, die von Links-Grün unter das Volk gestreut wurden, wortwörtlich, dieser Haushalt ist kaputt. Jetzt kommen die knallharten Auflagen des Regierungspräsidiums dazu und man wacht so langsam dort drüben auf und versucht dann halbwegs gesichtswahrenden Rückzug mit den wolkeigen Worten, die wir eben mit modifizierten Anträgen gehört haben, indem zum Beispiel die Zielgruppe des Tramfahrens für lau einfach etwas eingeschränkt wird. Jede Fraktion hat Vertreter in den Aufsichtsräten der Verkehrsbetriebe und sollte darüber informiert sein, wie sich dort die Schere zwischen allen Erträgen und Aufwendungen in den kommenden Jahren weiter auseinanderentwickeln wird, sprich welche finanziellen Belastungen auf die Stadt zukünftig zukommen werden. Die Aufrechterhaltung einer wie auch immer gearteten Forderung nach kostenlosem ÖPNV ist daher völlig unverantwortlich gegenüber der Stadt Karlsruhe und ihren Einwohnern. Daher stimmen wir der Vorlage der Stadt, auf den kostenlosen ÖPNV zu verzichten, zu, und lehnen den Änderungsantrag der SPD ab.

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Im Dezember 2020 haben wir, wie gesagt, einen Haushalt beschlossen mit einer Mehrheit. Dieser beinhaltet ausdrücklich, dass wir wünschen, dass Menschen mit Karlsruher Pass bis 25 Jahre ticketfrei fahren dürfen und eigentlich auch ab diesem Monat. Wir haben exakt 1,5 Millionen Euro eingestellt, was die Hälfte des Volumens war, was wir damals berechnet haben. Und aus meiner Sicht, da habe ich eine andere Auffassung der Haushaltsverhandlung, war dieser Auftrag nicht optional, sondern er war durchaus fordernd, dass wir nämlich versuchen, dieses Ziel zu erreichen. Wir haben uns als Gemeinderatsmehrheit für diese Sozialmaßnahme entschieden und haben auch gesagt, dass wir trotz dieser Maßnahme sehen, dass der Haushalt genehmigungsfähig ist. Das haben wir jetzt vom Regierungspräsidium bestätigt bekommen, natürlich mit sehr hohen Anmahnungen oder Mahnungen. Aber wir wussten, dass die kommen.

Deshalb will ich heute über ein anderes Thema sprechen, und das ist Glaubwürdigkeit in der Politik. Glaubwürdigkeitsprobleme haben tatsächlich heute nicht die Fraktionen, die das damals schon abgelehnt haben, auch nicht die Verwaltung, die das damals abgelehnt hat, sondern tatsächlich die Fraktionen von SPD und GRÜNE, die mit uns und der KAL diese Maßnahme im Haushalt umgesetzt haben. Denn seit dieser Entscheidung vor sieben Monaten gab es durchaus andere finanzielle Entwicklungen. Ich verweise nur auf die Ergebnisrechnung der Stadt, die damals von einem Minus von ungefähr 104 Millionen im Jahr 2021 ausging. Heute sind wir bei minus 54 Millionen, glaube ich, angelangt. Das ändert sich natürlich immer, aber wir sind ganz

anders unterwegs. Wir haben dann auch in dieser Debatte im Gemeinderat ganz deutlich gesagt, zumindest waren wir die einzige Fraktion, die Mehreinnahmen auf der Steuerseite wollte. Das wurde ohne ernsthafte Debatte abgelehnt mit der Begründung, für die beschlossenen Ausgaben im Haushalt sei genügend Geld da. Der Widerspruch lässt sich für mich bis heute nicht erklären. Heute machen SPD und GRÜNE leider eine Rolle rückwärts und ganz ehrlich, es liegt daran, dass wir heute eine sehr große Angstkulisse haben, dass wir jetzt mit diesem Projekt an den Rand des Abgrunds kommen. Und tatsächlich ist das, was mich an dieser Debatte stört, wir greifen eine Maßnahme raus aus diesem ganzen Wulst an Maßnahmen, die wir im Haushalt beschlossen haben und sagen, genau diese Maßnahme setzen wir nicht um-Aber hätten wir die Debatte richtig gemacht, würden wir heute da sitzen, über alle Maßnahmen diskutieren und sagen, welche Maßnahmen wollen wir gar nicht haben, welche wollen wir haben. Natürlich sind wir jetzt in einer schwierigen Situation, aber am Ende bleibt es für uns dabei als LINKE., wir wollen diesen kostenfreien ÖPNV machen. Wir erwarten auch von der Verwaltung, dass wir Vorschläge bekommen. Es gibt Möglichkeiten, sei es Eigenbeteiligungsmodelle oder anderes, dass wir in diese Richtung kommen, nämlich eine Mobilität für alle Karlsruher Jugendliche, unabhängig vom Geldbeutel ihrer Eltern, sicherzustellen. Denn nur eine Mobilität für alle macht auch möglich, dass alle eine gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen können.

Das, was wir heute hier beschließen oder nicht beschließen werden, ist leider aus meiner Sicht eine vertane politische Chance. Ich hoffe, dass wir das im nächsten Haushalt korrigieren werden. Ganz kurz, ist der letzte Satz, wir werden nicht den Änderungsanträgen von SPD und GRÜNE zustimmen, weil sie einfach keinen Sinn machen. Der Antrag der SPD muss im Haushalt beraten werden und ist de facto heute ein reiner Alibiantrag und genauso der Antrag der GRÜNEN, dass sie weiter diskutieren werden. Wir werden heute die Verwaltungsvorlage ablehnen.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Meine Fraktion hat mit dazu beigetragen, dass diese Maßnahme in den Haushalt eingestellt wurde. Wir sind nicht bereit, heute zurückzurudern, wie mein Kollege Herr Høyem das so schön genannt hat. Wir haben ganz klar eine politische Entscheidung getroffen. Wir wissen ganz klar, warum wir diesen Antrag gestellt haben. Es ist wirklich erstaunlich, dass gerade dieses Projekt vom Herrn Oberbürgermeister vorgeschlagen würde, das jetzt rauszunehmen. Andere Dinge, die im Haushalt eingestellt wurden, wo es teilweise noch um viel mehr Geld geht, werden überhaupt nicht benannt. Also, die Vorgehensweise ist einfach nicht stimmig. Wenn man schon Dinge infrage stellt, die im Haushalt drin sind, die letztendlich dann auch durch das RP so genehmigt worden sind, dann sollte man auch andere Beiträge und andere Maßnahmen infrage stellen. Das vermisse ich von der Bürgermeisterbank. Wir werden diesem Antrag jetzt nicht zustimmen, weil wir weiterhin dafür sind, was wir im Haushalt beschlossen haben.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR): Lieber Herr Cramer, ich will es kurz erklären, warum das nicht funktioniert. Es ist folgendermaßen, es sind verschiedene Ansätze gewählt worden. Der eine spricht von kostenlosen ÖPNV und der andere spricht von Armutsbekämpfung. Wenn man solche zwei verschiedenen Ansätze miteinander verlinkt oder verkreuzt, dann gibt es Probleme. Wir greifen mit diesem Gedanken des kostenlosen ÖPNVs in die Armutsbekämpfung ein. Der Karlsruher Pass ist ein hervorragendes Mittel, führt zur Armutsbekämpfung. Da gibt es diesen Satz, es sollte nicht in der Haltung des Paternalismus gegeben werden. Ich habe es extra nachgeschlagen, dass ich sicher bin, was ich sage. Also nicht von oben herunter hierarchisch, sondern die Leute werden beteiligt, indem sie selber auch einen Beitrag leisten. Das ist wichtig, auch für die Wertschätzung der Menschen, und das ist auch wichtig, dass sie wissen, sie sind

damit nicht nur begünstigt, nicht nur barmherziger, kostenloser ÖPNV. Deswegen hat es einen Sinn, denn wir greifen praktisch in dieses Instrument der Armutsbekämpfung ein. Wir dürfen das nicht miteinander verschneiden.

Ich möchte kurz erklären, wie man auf diese 50 Prozent kommt. Man hat geguckt, wie viel fahren die durchschnittlichen Karlsruher mit der Straßenbahn. Dann hat man gerechnet, dass auch die benachteiligten Menschen in gleichem Prozentsatz ungefähr fahren können. So steht es in der Vorlage drin, so habe ich es kapiert. Deswegen würden wir dieses Gleichgewicht, dieses Gerechtigkeitsmaß verlassen und wir würden sozusagen in völlig andere Dinge handeln. Deswegen, Frau Fahringer, es ist nicht so leicht, einfach einzugreifen, etwas zu verändern. Wenn man das verändert, muss man es völlig neu aufsetzen. Man kann nicht einfach weitermachen. Ich will sehr davor mahnen, ich wir sind immer bereit, auch darüber zu reden, was man verbessern kann. Aber ich würde sagen, da muss man sehr vorsichtig und sehr klug und weise rangehen. Von der Seite her werden wir diesem Antrag der SPD nicht zustimmen. Zu den GRÜNEN, es macht gewissen Sinn darüber nachzudenken, kann man mitmachen. Aber ich würde trotzdem davor warnen, dieses System, das wir aufgebaut haben, allzu sehr anzutasten und rumzuschrauben, und nachher kommt etwas ganz anderes dabei raus. Soweit unsere Meinung.

Stadtrat Høyem (FDP): Nur eine Bemerkung. Herr Bimmerle, Ihre Partei und meine Partei sind weit, weit weg voneinander, und ich finde, Ihre Haltung ist unrealistisch. Ich finde auch, dass Herrn Cramers Haltung unrealistisch ist, aber meinen Respekt, meinen echten Respekt, man wird optimistisch in der Politik, wenn man eine Rede wie Ihre hört, eine junge, neue Stadt mit Herrn Bimmerle und eine erfahrene wie Herrn Cramer. Ich bin weit weg von Ihrer Meinung, an beide, aber Respekt an beide für Ihre Reden.

Der Vorsitzende: Mir ist noch mal wichtig, die Genese dieser Beschlussvorlage der Stadtverwaltung kurz zu erläutern. Wir hatten damals bei den Haushaltsberatungen zwei Punkte. Das eine ist, wir hatten nicht ausreichend Gelegenheit, über die konzeptionellen Schwachstellen dieses Vorschlags miteinander zu diskutieren. Das ist alles das, was hier unter dem Thema Armutsbekämpfung gerade erwähnt wurde.

Das zweite noch gravierender ist, wir konnten Ihnen keine verlässliche Zahl nennen, die wir damals in den Haushalt hätten eintragen sollen. Deswegen hatten wir damals vereinbart, Herr Cramer, dass wir das noch einmal aufarbeiten, und dass wir auch die Zahl liefern, und dass Sie es dann noch mal neu entscheiden. Genau das haben wir heute hier vorgelegt. Ich bin nach wie vor der Meinung, dass es ein Fehler ist, den Menschen zu erzählen, der ÖPNV muss kostenfrei sein, weil wir uns das schlichtweg nicht leisten können und weil ich auch nicht verstehe, warum man Leute, die sich mit viel Geld große Autos und vieles andere mehr leisten können, dann aber von der Nutzung des ÖPNV kostenfrei stellt. Das ist deswegen wichtig, Herr Hofmann und alle anderen auch, weil die dann nicht in die Alternativdiskussion gehen, wenn der ÖPNV nichts kostet, nimmt man ihn dann, wenn man ihn irgendwie mal braucht, aber hinterfragt sein Mobilitätsverhalten nicht. Deswegen ist es an der Stelle auch ein falscher Steuerungseffekt. Insofern müssen wir die Qualität des ÖPNV steigern, damit sie konkurrenzfähig wird zu anderen Mobilitätsarten. Das schaffen wir aber nicht, indem wir ihn kostenlos machen. Das sagen auch alle wissenschaftlichen Ergebnisse. Das muss eigentlich unsere Diskussion sein. Wenn man dann aber sagt, man will aus sozialen Gründen für bestimmte Gruppen den ÖPNV kostengünstiger machen, dann müssten wir uns erst einmal darüber unterhalten, ob die derzeitige Lösung über den Karlsruher Pass oder Karlsruher Kinderpass nicht ausreichende Unterstützung ist für dieje-

nigen, die sich dann vielleicht trotzdem für das Fahrrad entscheiden oder was sie immer brauchen. Also, auch der Umstand, dass nicht alle Menschen, die einen entsprechenden Pass haben, dann möglicherweise regelmäßige ÖPNV-Nutzer sind, muss ja nicht zwangsläufig auslösen, dass man sie sozial vom ÖPNV-Nutzen oder von der Mobilität benachteiligt. Vielleicht ist es gar nicht so und ich finde deswegen hilfreich, dass wir uns, bevor wir uns an Mobilitätskonzepte machen, auch erst ein Bild verschaffen, ist es denn wirklich so, dass es größere Gruppen in dieser Stadt gibt, um die wir uns kümmern müssten, die wegen der mangelnden Unterstützung, sich den ÖPNV leisten zu können, am Ende wirklich in ihrer Mobilität eingeschränkt sind. Das müssten wir uns im Grunde erst mal angucken, wenn wir dann auf der anderen Seite bereit wären, so viel Geld dafür auszugeben, diesen Missstand zu beheben. Dann müssten wir uns aber auch mit dem Missstand auseinandersetzen. Das müssten wir als Verwaltung auch tun.

Damit komme ich in die Abarbeitung. Der weitestgehende Antrag ist der Antrag der SPD, nämlich den ursprünglichen Antrag aus dem Haushalt dahingehend einzuschränken, dass man ihn nur noch für den Karlsruher Kinderpass verwendet, dort aber dann auch zum 01.01.2023 einzuführen. Diesen Änderungsantrag stelle ich jetzt hier zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum. – Das ist eine mehrheitliche Ablehnung.

Den Antrag der GRÜNE würden wir vom Inhalt her so in unsere Beschlussvorlage übernehmen. Die stelle ich jetzt zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum. – Das ist mit großer Mehrheit angenommen.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
17. August 2021